



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

28. Sitzung vom 12. Dezember 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.10 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 40 Mitglieder

Abwesend:

Präsident:

Christian Schaub

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Ratsmitglieder und die anwesenden Anwohner zur letzten Sitzung des Jahres. Er teilt mit, dass das Büro beschlossen hat, am 16. Januar 2012 eine ausserordentliche ER-Sitzung einzuberufen. An dieser werden nur die hängigen Vorstösse, keine Sachgeschäfte behandelt.

Neu eingereichte Vorstösse:

- Motion SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen **213**
- Anfrage K. Bartels, CVP: Wo steht Binningen im kantonalen Vergleich? **214**
- Anfrage B. Jost, SP: Schulwegsicherheit Neusatzquartier **215**

Traude Rehmann, SP: Nach den diversen Unstimmigkeiten erachtet es die Fraktion als sinnvoll, die Bauabteilung genauer anzuschauen. Im Rahmen des WOV fiel der frühere Posten des Bauverwalters weg und es stellt sich nun die Frage, ob die heutige Struktur die bessere ist.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 7.11.2011	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011: Voranschlag 2012, Finanzplan 2013 – 2016 inkl. Leistungsaufträge <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	191
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011: Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im Früh- und Primar- schulbereich (FEB-Reglement), Bericht GR vom 22. November 2011 <i>Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz</i>	210
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011: Abrechnung Projektierungskredit Spiegelfeld <i>Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz</i>	211
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011: Kredit Anschaffung Hubrettungsfahrzeug <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	208
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011: Abrechnung Containerersatz Stiftung Kinderbetreuung <i>Geschäftskreisführung: Heidi Ernst</i>	209
7. Zwischenbericht der BPK vom 24.11.2011: Investitionsausgabe von CHF 276 000 für die Neugestaltung Schlosstreppe und CH 87 000 für den Ersatz Behindertenlift <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	88
8. Bericht der GRPK vom 19.10.2011: Bericht der GRPK zur Inspektion der Gemeinde- und Schulbibliothek <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	212
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Motion SP: Kommunale Reklameregulierung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	161
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011: Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeinde- finanzen unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2): Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	174
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011: Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	176
12. Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011: Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	179
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011: Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	173
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011: Postulat Katrin Bartels, CVP: Erstellung einer Planungsgrundlage für die Leis- tungen der Gemeinde zu Gunsten von privaten Initiativen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	175

15. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2011:
Motion Roy Ewald, SVP: für die Einführung energiesparender LED-Strassenbeleuchtung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 178
Geschäftskreisführung: Charles Simon
16. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
Motion Urs-Peter Moos, SVP: für eine unabhängige Gemeindepolizei: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 189
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
17. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
Motion Urs-Peter Moos, SVP: Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 190
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
18. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:
Motion Grüne/EVP: Budget Einwohnerrat: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 183
Geschäftskreisführung: Mike Keller
19. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:
Interpellation Katrin Bartels, CVP: Budget-/Rechnungsvergleich der Binninger Steuereinnahmen 187
Geschäftskreisführung: Mike Keller
20. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion SP: Gemeindeerlasse nur noch in elektronischer Form: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 196
Geschäftskreisführung: Charles Simon
21. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion Roy Ewald, SVP: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 198
Geschäftskreisführung: Charles Simon
22. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.9.2011:
Postulat Katrin Bartels, CVP: Fit für Expats: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 200
Geschäftskreisführung: Charles Simon
23. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung 181
Geschäftskreisführung: Agathe Schuler
24. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr 182
Geschäftskreisführung: Charles Simon
25. Diversa

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 7. November 2011 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 191****Voranschlag 2012, Finanzplan 2013 – 2016 inkl. Leistungsaufträge**

SP, Vreni Dubi: Wie immer hat die GRPK das Budget und die Leistungsaufträge in drei Sitzungen behandelt und sich dabei auf zusätzliche Untersuchungen der Subkos abgestützt. Ebenfalls wie immer war die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Verwaltung sehr angenehm und die Kommissionspräsidentin bedankt sich bei allen für ihren Einsatz.

Das Positive zu Beginn: Der Gemeinderat legt ein ausgeglichenes Budget vor. Bei prognostizierten Ausgaben von ca. CHF 73,7 Millionen und Ausgaben in etwa gleicher Höhe, bleibt bei einem Steuereffuss von 46 % ein kleiner Gewinn von rund CHF 5 000. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad über 8 Jahre liegt wieder über den vorgeschriebenen 100 %, nämlich bei 109,3 %. Vor einem Jahr wurde für nächstes Jahr ein Selbstfinanzierungsgrad von 82,7 % prognostiziert.

Bei den Steuereinnahmen geht man von einem Wachstum von 2 % aus. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt werden das tatsächliche Resultat beeinflussen, sondern auch künftige Zu- oder Wegzüge von guten Steuerzahler/-innen. Eine weitere Unbekannte ist der Finanzausgleich. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und die Gebergemeinden hoffen weiterhin auf eine günstigere Lösung. Im Budget sind rund CHF 12,7 Millionen für den Kanton eingestellt. Weiter weiss man noch nicht, wie hoch die Belastung der Gemeinde für die neue Pflegefinanzierung sein wird. Aufgrund von Hochrechnungen geht man von rund CHF 900 000 aus. Die Tatsache, dass nicht wie üblich sämtliche Investitionen direkt abgeschrieben werden können, deutet darauf hin, dass es der Gemeinde trotz eines ausgeglichenen Budgets nicht mehr so gut geht wie vor ein paar Jahren. Im Voranschlag werden nur die gesetzlich vorgeschriebenen Investitionen direkt abgeschrieben (Vorfinanzierungen oder Investitionen aus Spezialfinanzierungen). Das bedeutet, dass gesamthaft rund 60 % der Investitionen direkt abgeschrieben werden.

Die wachsenden Kosten in der Sozialhilfe und die Deckungslücke der Pensionskasse gaben in der GRPK zu reden. Da der Entscheid über die Sanierung der PK im 2014 fällt, hat der Kanton empfohlen, keine Rückstellungen zu tätigen. In den nächsten Jahren werden vor allem Investitionen in Schulräume und den Sportplatz zu Buche schlagen. Der Aus- und Umbau der Primarschulen (inkl. Kindergärten) ist eine finanzielle Belastung und eine logistische Herausforderung.

Die GRPK ist grossmehrheitlich mit dem Voranschlag zufrieden und folgt den meisten Anträgen des Gemeinderats. Anträge der GRPK sind: Die Streichung von CHF 5 000 für das Preesi-Fesch, dass das Jobticket für die Mitarbeitenden nicht unterstützt und die Anschaffung einer Wischmaschine nicht direkt beschlossen wird. Ausserdem soll das Gemeindepersonal als Kompensation für den nicht ausbezahlten Teuerungsausgleich analog den Kantonsangestellten am 30. April 2012 einen Freitag bekommen.

FDP, Markus Ziegler: Das vorliegende Budget ist in der Tat auf den ersten Blick erfreulich und es ist an der Zeit, der Gemeindeverwaltung, dem Finanzchef und der Finanzabteilung ein Kränzchen zu winden. Es ist das letzte Budget dieser Legislatur und der Redner erinnert daran, dass man kurz vor Beginn dieser Legislatur befürchtet hat, dass die Steuern erhöht werden müssen. Dies konnte verhindert werden und das Ziel der nächsten Legislatur müsste eine Steuersenkung sein. Im Moment gestaltet sich das aber eher schwierig, weil grosse Herausforderungen auf die Gemeinde zukommen. Die allgemeine Wirtschaftslage mit der hinlänglich bekannten Euro-Krise dürfte auch die Steuereinnahmen beeinflussen. Die diversen von Vreni Dubi erwähnten Unsicherheiten wie z.B. die Pflegefinanzierung, zwingen uns, vorsichtig zu budgetieren. Was die Freude am guten Budget trübt, ist die Tatsache, dass nur 60 % der Investitionen abgeschrieben werden können. Klar, praktisch keine Unternehmung und keine andere Gemeinde schreibt 100 % ab. Binningen war mit seiner

langjährigen Tradition in einer wirklich komfortablen Lage. Dass man jetzt nur noch auf 60 % kommt, macht der Fraktion Sorgen. Es heisst also, weiterhin umsichtig mit den Finanzen haushalten und den begonnenen Weg der KAP-Massnahmen konsequent weiterverfolgen. Die FDP-Fraktion stellt keine Anträge, sie folgt den Anträgen der GRPK mehrheitlich. Warum sie beim Thema Wischmaschine und dem Freitag am 30.4. eine abweichende Meinung hat und den Anträgen des Gemeinderats folgt, erläutert Markus Ziegler später in der Detailberatung.

Severin Brenneisen: Auch die *SP-Fraktion* ist mit dem Voranschlag zufrieden. Ein ausgewogenes Budget ist ihr wichtig, da es auch ein Zeichen in die Zukunft setzt. Sie ist der Meinung, dass viele KAP-Massnahmen auf dem Rücken der sozial Schwächsten gemacht wurden und das Ganze einseitig daher kam. Also werden auch künftig vorgesehene Massnahmen kritisch geprüft und gegebenenfalls abgelehnt. Da sie die Meinung der GRPK bezüglich der finanziellen Unsicherheiten teilt, kommt für die Fraktion eine Steuersenkung nicht in Frage. Nicht zuletzt dank der zusätzlichen Information des Gemeinderats wird ein Direktbeschluss für die Anschaffung einer Wischmaschine befürwortet. Dasselbe gilt für die Beteiligung am neuen Salzsilo. Im Gegensatz zur GRPK möchte die SP den Posten für das Preesi-Fesch nicht kürzen. Den Antrag des Gemeinderats auf 0,4 % Teuerungsausgleich zieht sie einem Freitag vor. Ausserdem soll das Jobticket unterstützt und das Budget für die externe Kommunikation aufgestockt werden. Die SP-Fraktion heisst den Stellenetat gut, auch wenn momentan nicht alles ausgeschöpft wird. Sie findet es wichtig, eine gewisse Flexibilität zu bewahren.

SVP, Urs-Peter Moos: Seine Fraktion hat festgestellt, dass es am einen oder anderen Ort durchaus noch „Luft“ hat und beantragt deshalb eine Steuersenkung um 2 % auf 44 %. Man ist der Ansicht, dass in den letzten Jahren zuviel Geld vorhanden ist und dieses mehr oder weniger sinnvoll eingesetzt wird. Durch eine Steuersenkung verspricht man sich Massnahmen, die dazu führen, dass in Zukunft wieder verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen wird. Weiter wird ein Antrag auf Einsparungen von 2 % auf die einzelnen Globalbudgets gestellt. Im Gegensatz zu den 10 %, die der Kanton sparen muss, sind 2 % moderat.

Personal: Im Zusammenhang mit der Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton hat die Gemeinde zwei Hauswartsstellen abgeschafft, sowie die Putzequipe entsprechend reduziert und damit 400 Stellenprozent eingespart. Trotzdem ist der Stellenetat für 2012 gleich hoch wie für 2011. Ausserdem wurde an der letzten Einwohnerratssitzung im Rahmen der Ferienbetreuung eine Erhöhung des Stellenetats um 47 % gutgeheissen. Der Redner nimmt an, dass diese Aufstockung im Budget noch nicht berücksichtigt ist.

Die kurzfristig vom Gemeinderat abgegebenen Zusatzinformationen zur Wischmaschine haben bei der SVP-Fraktion zu einem Meinungsumschwung geführt. Sie unterstützt einen Direktbeschluss. Hingegen ist man beim Salzsilo weiterhin gegen einen Direktbeschluss. Man findet es unnötig, wegen eines harten Winters derart hohe Investitionen zu tätigen. Der Kanton will infolge der Sparmassnahmen den Salzeinsatz reduzieren und die SVP denkt, dass es nicht Sinn macht, die Gemeindestrassen vollständig zu räumen, die Kantonsstrassen hingegen nicht.

Die Fraktion befürwortet den Antrag des Gemeinderats auf 0,4 % Teuerungsausgleich.

Anand Jagtap: Auch die *Grüne/EVP-Fraktion* ist mit dem Budget zufrieden, ihr machen einzig die düsteren Aussichten Sorgen. Bis 2017 ist kumuliert für Investitionen in die Schulplanung ein zweistelliger Millionenbetrag eingestellt, was dazu führt, dass ab 2014 der gesetzlich vorgeschriebene Selbstfinanzierungsgrad unterschritten wird. Nach einigen Jahren mit gutem Abschluss wird dies ein Übergangsjahr, da sich die Finanzlage tendenziell verschlechtert. Die vorgängig erwähnten Unsicherheiten erschweren die Planung und ein frühzeitiges Handeln. Da momentan zuwenig Facts vorhanden sind, findet es die Fraktion unsinnig, zum jetzigen Zeitpunkt über eine Steuersenkung zu diskutieren. Die Grüne/EVP folgt den Anträgen der GRPK mehrheitlich; sie wird beim Jobticket und den Direktbeschlüssen abweichen.

Katrin Bartels, CVP: Ihre Fraktion hat zu den gemachten Vorschlägen eine positive Haltung. Sie ist erfreut, dass der tiefe Steuersatz von 46 % beibehalten werden kann und begrüsst die Bemühungen der Gemeinde, eine Plafonierung des Finanzausgleichs zu erreichen. Sie steht auch zu den Ausgaben für die Pflegefinanzierung.

Ihre Kritik gilt den vorgesehenen Ausgaben von CHF 100 000 für die externe Kommunikation. Es mag sein, dass der Betrag zur Überbrückung eines Notstands angemessen ist, doch fragt man sich, wo das Kaderpersonal bei der Durchführung der Projekte ist, wenn es für das Verfassen von Berichten zuhanden der Medien, der Einwohner/-innen und des Rats fehlt. Man hat die neu eingeführte Kaderstufe in der neuen Abteilung Bildung, Kultur und Sport zur Kenntnis genommen und fragt sich nun, wo der Gesamtplan ist. Wo ist die Entlastungswirkung eines neuen Kadermitarbeiters in der Kommunikation? Man vermisst ein Gesamtkonzept, das das Kaderpersonal neu strukturiert, sodass nicht nur für die Durchführung, sondern auch für die Kommunikation von Projekten kompetente Mitarbeiter/-innen verfügbar sind. Die CVP-Fraktion spricht hier nicht von einer Aufstockung sondern einer Restrukturierung. Je langfristiger eine solche geplant wird, desto weniger Härtefälle entstehen und desto eher können natürliche Fluktuationen zur Optimierung genutzt werden. Die Fraktion stimmt den CHF 100 000 schweren Herzens zu, weil Binningen in letzter Zeit in den Medien schlecht dagestanden ist. Sie findet es wichtig, dass die Gemeinde in den Medien und der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wird. Der Gemeinderat wird gebeten, jetzt schon auf eine fundierte Lösung für das nächste Jahr hinzuarbeiten.

Was die Abschreibung der Investitionen betrifft, ist die CVP der Meinung, dass die Entwicklung im Auge behalten werden muss. Sie folgt den Anträgen der GRPK weitgehend.

Gemeinderat Mike Keller bedankt sich für die positive Aufnahme des Budgets und die konstruktiven Voten. Binningen ist eine der ganz wenigen Gemeinden, die schuldenfrei sind. Verglichen mit anderen Gemeinden des Kantons (oder auch von anderen Kantonen) ist die finanzielle Lage ausgezeichnet. Wie Markus Ziegler hat auch der Redner zurückgeblickt. Im aktuellen Budget sind CHF 4 Mio. mehr veranschlagt, die dem Kanton abgeliefert werden müssen, als noch vor vier Jahren. Trotzdem ist der Steuersatz derselbe. Gegen die neuen Kosten, die auf die Gemeinde zukommen (Finanzausgleich, Pflegefinanzierung), kann nichts unternommen werden. Dank der Opposition gegen den Finanzausgleich konnte man bisher immerhin eine Plafonierung der Kosten erreichen. Zusammen mit den anderen Initiativgemeinden ist man daran, die Chancen für eine Volksabstimmung zu evaluieren, um allenfalls die Interessen der Gebergemeinden auf diese Weise durchzubringen.

Mit den heutigen Kennzahlen ist der Ausblick in die Zukunft nicht sehr gut, die finanzielle Situation wird sich verschlechtern. Einerseits steigen die Ausgaben, die vom Kanton auferlegt werden und andererseits müssen grosse Investitionen in der Schulraumplanung getätigt werden. Es muss sicher alles daran gesetzt werden, möglichst schnell Geld einzusparen. Doch wäre es nach Ansicht des Gemeinderats bedauerlich, wenn diese Anstrengungen durch eine Steuersenkung zunichte gemacht würden. Was jetzt angespart werden kann, hilft in den mageren Zeiten. Die Reduktionen, die von der Gemeinde freiwillig und selbständig gemacht werden können, werden weitergeführt.

Zum Stellenetat bemerkt Mike Keller, dass man in den letzten Jahren eher beiläufig zur Kenntnis genommen hat, dass die Verwaltung laufend reduziert wurde. Der Gemeinderat stellt heute fest, dass man an einem sehr kritischen Punkt angelangt ist. Er ist sogar der Meinung, dass da und dort zuviel abgebaut wurde. Die Anforderungen steigen ständig und wie man weiss, sind die Folgen von Qualitätsverlust unter Umständen verheerend. Die diversen Fingerzeige des Einwohnerrats werden vom Gemeinderat ernst genommen. Er will an der Qualität arbeiten, doch das braucht Ressourcen. Der GR und die Verwaltung sind daran, gewisse Optimierungen und Restrukturierungen vorzunehmen, denn man will gegen Aussen sichtbar machen, dass hier saubere, gute Arbeit geleistet wird. Die Aufstockung des Stellenetats wegen der Ferienbetreuung ist bereits im Budget berücksichtigt.

Zur Kommunikation: Man hat sich erkundigt, wieviel andere Gemeinden dieser Grösse für Kommunikation einsetzen. Dabei wurde festgestellt, dass andere sich mit ähnlichen Problemen herumschlagen und deshalb vermehrt auswärtige Unterstützung kaufen. Das möchte man auch probieren. Man will bewusst nicht eine neue Stelle beantragen, sondern einen gewissen Betrag für punktuelle Unterstützung zugesprochen bekommen. Der Gemeinderat ist dabei, weitergehende Massnahmen zu prüfen und er will dem Rat bis zum nächsten Budget eine Reorganisation aufzeigen.

SVP, Urs-Peter Moos bedankt sich für die offenen Worte und will noch kurz zu gewissen Punkten Stellung beziehen: Binningen war vor längerer Zeit verschuldet, worauf eine Schuldenbremse mittels Selbstfinanzierungsgrad eingeführt wurde. Das machte Sinn, solange man Schulden hatte. Unterdessen wurde der betreffende Paragraph zur Einnahmequelle. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es sicher möglich, mit weniger Geld zu haushalten. Wie man gehört hat, schrieb Binningen bisher immer 100 % der Investitionen ab. Nun ist man bei 60 %, die sich je nach Rechnung dann eventuell doch wieder in 100 % verwandeln. Welches Unternehmen kann schon im ersten Jahr 100 % abschreiben? Das deutet doch darauf hin, dass viel Geld vorhanden ist. Ausserdem wurde bisher nicht darüber gesprochen, dass per 1.1.2014 eine Umstellung der Rechnungslegung (HRM2) in Kraft tritt. Dann wird zutage kommen, dass Binningen auf sehr viel Eigenkapital sitzt. In Anbetracht des Vermögens, das man dank der erwähnten Schuldenbremse angehäuft hat, sollte es möglich sein, den Steuersatz um 2 % zu senken.

Beim Thema Kommunikation wurde ausser Acht gelassen, dass bereits eine 50%-Stelle geschaffen wurde. Nun will man weiter aufstocken. Die SVP hat mehrmals gesagt, dass Kommunikation Chefsache ist. Der Redner ist zuversichtlich, dass der neue Gemeinderat ab 1.7.2012 dieses Prinzip pflegen wird. Deshalb wird seine Fraktion in der Detailberatung den Antrag auf Streichung der CHF 100 000 stellen.

Was den Stellenetat betrifft, bemerkt U.-P. Moos, dass in der Peripherie Stellen abgebaut, in der Verwaltung hingegen Stellen aufgestockt wurden. Die Einsparung von 400 Stellenprozent wurde bereits erwähnt und da die kürzlich beschlossenen 47 % im Budget bereits berücksichtigt sind, korrigiert die Fraktion ihren Antrag auf Kürzung des Stellenetats um 353 %, anstatt 400 %.

Christian Schaub, Präsident: Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und keine Rückweisung des Geschäfts beantragt wird, kommt man nur zur Detailberatung. Er schlägt vor, auf die Beratung der Leistungsaufträge zu verzichten und möchte darüber abstimmen lassen.

Abstimmung Verzicht auf Beratung der Leistungsaufträge: (mittlerweile ist das letzte Ratsmitglied eingetroffen)

35 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen

Christian Schaub, Präsident: Weiter soll auf die Beratung des Budgetberichts verzichtet werden, da in der Detailberatung darauf zurückgekommen wird. Es geht also weiter mit den Anträgen auf Seite 29 von 35. Da Ziffer 1 (Leistungsaufträge) beschlossen ist, fragt der Präsident, ob es zu Ziffer 2. Globalbudgets, Anträge gibt.

SVP, Urs-Peter Moos: Wie bereits angekündigt, stellt die SVP den Antrag, die Produktgruppe 1 um CHF 100 000 zu reduzieren, weil sie keinen Anlass sieht, nebst der 50%-Kommunikationsstelle zusätzlich Geld für externe Kommunikation auszugeben. Der zweite Antrag verlangt, dass über alle Globalbudgets die Beträge um 2 % reduziert werden.

FDP, Markus Ziegler hat eine technische Frage: Da der eine Antrag der GRPK die Produktgruppe 1 betrifft, möchte er wissen, wann über die Anträge der GRPK abgestimmt wird.

Christian Schaub, Präsident, gibt darauf zur Antwort, dass man später darauf zurückkommt und bemerkt, dass das Preesi-Fesch auch zur Produktgruppe 1 gehört.

Auf *V. Dubi's* Frage ob die CHF 100 000 Teil der 2 % oder zusätzlich sind, antwortet *U.-P. Moos,* dass sie zusätzlich zu streichen sind.

Markus Ziegler, FDP bemerkt zuhanden des Protokolls, dass Anträge, die relativ stark ins Budget eingreifen, bitte nicht ad hoc beraten werden sollen. Dafür gibt es Kommissionsberatungen.

Für *Christoph Anliker, SVP* ist es ganz einfach: Die Senkung der Globalbudgets um 2 % ist eine einfache aber effektive Massnahme zum Sparen. Anstatt wie letztes Jahr viel Zeit für die Beratung einzelner Massnahmen zu verlieren und über jeden Rappen zu diskutieren, kann so mit wenig Aufwand das Budget heruntergefahren werden. Man überlässt es dem Gemeinderat, den Rotstift anzusetzen. Mit dem Hinweis auf die vorgesehenen Abschreibungen und das kommende HRM2-Rechnungslegungsmodell, bittet der Redner auf Weitblick anstatt nur Rückblick.

SVP, Urs-Peter Moos: Die SVP beobachtet die FDP aufmerksam. Sie wirft der FDP vor, dass sie – trotz grossen Versprechungen im letzten Wahlkampf – in den letzten vier Budgetdebatten nichts für Steuersenkungen oder für den behutsamen Umgang mit dem Geld der Gemeinde getan hat. Ausserdem hält der Redner dem Fraktionspräsidenten vor, dass er spätestens seit letztem Freitag sehr transparent über die Anträge der SVP informiert ist und die Gelegenheit hatte, seine Partei darüber in Kenntnis zu setzen.

Markus Ziegler, FDP: Zu seiner Bemerkung zuhanden des Protokolls wünscht er noch den Zusatz: (Komma), *aha Wahlkampf*.

SP, Patricia Kaiser weist darauf hin, dass Anträge schriftlich gemacht werden müssen, für's Budget bis am Freitag vor der Sitzung, damit die Zahlen ausgerechnet werden können. Sie hätte gerne die Auswirkungen des SVP-Antrags in Zahlen vor sich, bevor darüber abgestimmt wird.

Gaida Löhr, SP: Sie wäre formal dazu bereit, darüber abzustimmen, findet aber, die Forderung nach Senkung von 2 % ist kein verantwortungsbewusster Umgang mit Geld. Der Gemeinderat wird so aufgefordert, einfach irgendwo zu sparen. Sparen bedeutet in einer Gemeinde jedoch, dass jemand etwas nicht erhält, das er braucht.

Urs-Peter Moos, SVP: Genau aus diesem Grund stellt seine Fraktion diesen Antrag. Die Exekutive soll beurteilen, wo Einsparungen verantwortbar sind und die entsprechenden Massnahmen umsetzen.

Abstimmung Antrag SVP: Die einzelnen Globalbudgets sollen jeweils um 2 % reduziert werden.

Antrag mit 30 Nein zu 9 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Präsident Christian Schaub möchte jetzt über den Antrag der GRPK zur Produktgruppe 1 abstimmen lassen. *Gaida Löhr* fragt, ob nicht vorher über die Unteranträge der SVP befunden werden soll.

Gemeindevorstand Olivier Kungler: Der Antrag über die Streichung von 2 % bei den Globalbudgets wurde abgelehnt. Nun geht es weiter mit sämtlichen Anträgen, welche die Produktgruppen betreffen. Es gibt Anträge der GRPK sowie der SVP und man geht nun Produktgruppe für Produktgruppe durch.

Abstimmung Antrag 1 der GRPK: Reduktion der PG 1 (Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen) um CHF 5 000

27 Ja, 10 Nein, 3 Enthaltungen

Charles Simon, Gemeindepräsident möchte wissen, ob den Räten bewusst ist, was sie beschlossen haben, nämlich eine Einsparung von CHF 5 000 beim Preesi-Fescht. Das heisst, es wird einen neuen Präsidenten/eine neue Präsidentin geben und anstelle eines ordentlichen Festes ein Wasser-und-Brot-Fest. Er findet das schade.

SP, Traude Rehmann staunt auch und findet den Entscheid armselig, nachdem schon den ganzen Abend lang erzählt wird, wie reich die Gemeinde Binningen ist. Schon letztes Jahr wurde laufend gespart.

Abstimmung Antrag SVP: PG 1: Streichung von CHF 100 000 für externe Kommunikation

26 Nein zu 10 Ja bei 4 Enthaltungen

FDP, Markus Ziegler: Nach seinem Verständnis hat Gemeinderat Mike Keller dem Rat einen Bericht über die Erfahrungen mit der externen Kommunikationsberatung und über eine mögliche Reorganisation in Aussicht gestellt. Da eine relativ grosse Mehrheit das Geld gutheisst, wird erwartet, dass ein solcher Bericht in den Rat kommt.

Abstimmung Antrag GRPK: Den Mitarbeitenden wird im 2012 einmalig der Montag, 30. April als zusätzlicher, nicht zu kompensierender Freitag (Brückentag 1. Mai) gewährt.

FDP, Markus Ziegler: Die Fraktion folgt dem Antrag der GRPK nicht, weil sie einsieht, dass der administrative Aufwand mit allen Teilzeitpensen wesentlich grösser ist als bei der Massnahme, die der Gemeinderat vorschlägt. Die Kosten sind dieselben.

Severin Brenneisen: Die *SP-Fraktion* hat bereits beim Eintreten auf diesen Mehraufwand hingewiesen und ist der Meinung, dass der einmalige Teuerungsausgleich ausgezahlt werden soll. Diese Lösung ist insbesondere für Teilzeitangestellte gerechter.

Charles Simon, Gemeindepräsident, weist auf das Schreiben des Gemeinderats hin, das den Ratsmitgliedern heute verteilt wurde. Weil der Landrat erst im Lauf der Woche über den Teuerungsausgleich entscheidet, kann heute nur ein Entscheid mit Vorbehalt gefällt werden. Sollte der Landrat wider Erwarten einen Teuerungsausgleich gewähren, müsste der Gemeinderat diesem Entscheid folgen, weil es im Personalreglement so festgehalten ist. Nur wenn der Einwohnerrat für die 0,4 Prozent stimmt und der Landrat sich gegen einen Teuerungsausgleich entscheidet, wird den Mitarbeitenden im 2012 der einmalige Teuerungsausgleich ausbezahlt.

Urs-Peter Moos: Die *SVP* unterstützt diesen formal richtigen Eventualantrag und rechnet bei der finanziellen Lage des Kantons nicht mit einem Entscheid pro Teuerungsausgleich.

Abstimmung Gemeinderats-Eventualantrag vs. Antrag GRPK:

GR-Antrag: 34 GRPK-Antrag: 6

Charles Simon, Gemeindepräsident möchte noch ein Wort für das Jobticket einlegen: Er kennt dieses Angebot schon lange. Gute Arbeitgeber haben schon immer das Umsteigen vom Auto auf die ÖV unterstützt. Es machen einige Gemeinden beim Jobticket mit und der Binninger Gemeinderat möchte als guter Arbeitgeber den Gemeindeangestellten diese Vergünstigung ermöglichen. Der Gemeindepräsident appelliert an den Einwohnerrat, in diesen eher mageren Zeiten die veranschlagten CHF 11 000 für das Personal zu sprechen.

Beatrice Büschlen: Die *Grüne/EVP* wird dem Antrag der GRPK nicht folgen, denn sie findet, dass jedes Auto, das weniger am Verkehr teilnimmt, ein Erfolg für die Umwelt ist. Es sind 45 Autos, die laut Umfrage die Hauptstrasse nicht mehr verstopfen würden, zehn davon sind Umsteiger. Die Gemeinde hat eine Vorbildfunktion und sollte dieses Engagement unterstützen; genauso wie der Einwohnerrat mit seiner Zustimmung zum Budgetposten.

SVP, Urs-Peter Moos erinnert daran, dass der Gemeinderat im Rahmen der KAP-Massnahmen CHF 4 000 sparen wollte, indem er den Gemeindeangestellten die Geburtstagspräsente streicht. Beim Jobticket gibt es keine Gleichbehandlung, denn es können nicht alle Mitarbeitenden davon profitieren (teilweise wohnen sie zu weit weg und *müssen* mit dem Auto kommen). Die *SVP* weist darauf hin, dass bereits das U-Abo massiv subventioniert ist. Sie sieht keinen Anlass, selektiv einen Teil der Angestellten zusätzlich zu unterstützen.

Markus Ziegler, FDP: Sein Ratskollege hat soeben sein Votum vorweggenommen. Auch er findet, dass der ÖV schon genügend mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird. Das U-Abo ist ein äusserst kompetitives Angebot, das sich alle leisten können. Binningen braucht dieses Jobticket nicht und bekannterweise macht auch Kleinvieh Mist.

FDP, Pascal Treuthardt fragt, ob die Gemeinde auch Leute unterstützt, die von den ÖV auf das Auto umsteigen müssen oder wollen. Stellt sie diesen Gratisparkplätze zur Verfügung oder wird ein Anteil an die monatlichen Parkgebühren bezahlt?

SVP, Christoph Anliker wundert sich, dass die Grüne/EVP eine Bonuszahlung an die Mitarbeitenden unterstützt, denn genau das ist das Jobticket seiner Meinung nach: ein versteckter Bonus.

Gaida Löhr, SP: Sie stellt klar, dass die Streichung der Geburtstagsgeschenke keine Idee der SP war und diese Massnahme von der SVP massiv unterstützt wurde. Zum Votum von Pascal Treuthardt erinnert sie daran, dass das Jobticket mit Umweltschutz zu tun hat, Binningen stark unter dem Verkehr leidet und jede Massnahme, die eine Verbesserung bringt ihrer Ansicht nach sinnvoll ist.

Auch *Severin Brenneisen, SP*, findet es richtig, dass die Gemeinde eine Vorbildfunktion einnimmt und ein Zeichen setzt, indem sie das Jobticket fördert und unterstützt.

SVP, Urs-Peter Moos korrigiert Gaida Löhr's Aussage: Die erwähnte Massnahme lag allein in der Kompetenz des Gemeinderats und die SVP hat sich im Einwohnerrat überhaupt nicht dazu geäussert.

Gemeindepräsident Charles Simon beantwortet P. Treuthardt's Frage: Im Gegensatz zu früher, gibt es heute nur noch ein paar wenige Parkplätze für Angestellte, die das Auto für die Ausübung ihrer Arbeit brauchen.

Abstimmung Antrag GRPK: Die Aktion Jobticket wird durch den Arbeitgeber nicht unterstützt.

20 Ja, 20 Nein
Stichentscheid Präsident: Ja

Abstimmung Position 2.3: (Momentan 39 Ratsmitglieder)

38 Ja, 1 Enthaltung

Zu Position 2.4 stellt die *SVP* den Antrag, den Steuerfuss von 46 % auf 44 % zu senken. Da die Kantonssteuern voraussichtlich steigen werden, kann der Abwanderung von exzellenten Steuerzahlern mit tieferen Gemeindeabgaben entgegengesteuert werden.

Traude Rehmann, SP: Der Kanton hat in den letzten Jahren die Steuern zuviel gesenkt, nun ist er am schwimmen. Die Fraktion möchte den momentanen Steuersatz beibehalten.

Christoph Anliker findet, dass die *SVP* im Gegensatz zum Kanton aufpassen will. Dem riesigen Eigenkapital-Berg, der mit HRM2 auf die Gemeinde zukommt, muss entgegengewirkt gegeben werden. Er weist erneut darauf hin, dass der vorausschauende Weitblick äusserst wichtig ist.

Nach Ansicht von *Urs-Peter Moos, SVP*, sind nicht die Steuersenkungen der Grund für die desolante finanzielle Lage des Kantons, sondern die Ausgabensteigerungen, der massive Ausbau des Staatsapparats.

CVP, Silvia Bräutigam: Ihre Fraktion will abwarten, bis HRM2 eingeführt ist und dann wieder diskutieren. Sie lehnt den Antrag der *SVP* ab.

Abstimmung Antrag SVP: Senkung des Steuerfusses auf 44 %:

Abgelehnt mit 28 Nein, 9 Ja, 2 Enthaltungen

Abstimmung Position 2.5:

Einstimmig angenommen.

Abstimmung Position 2.6:

33 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen

Gemeinderätin Agathe Schuler verweist auf den kürzlich zugestellten Antrag des Gemeinderats und betont, dass es angesichts des mittlerweile noch schlechteren Zustands der alten Maschine sehr sinnvoll wäre, den Kauf einer neuen Trottoirwischmaschine direkt zu beschliessen, da sonst mit erheblichen Reparaturkosten, Stillstandzeiten und Zumiete einer Ersatzmaschine gerechnet werden muss.

Severin Brenneisen: Die *SP-Fraktion* unterstützt den Antrag des Gemeinderats, weil sie vermeiden will, dass noch Geld für Reparaturen für die alte Maschine ausgegeben werden muss. Man ist der Ansicht, dass man genügend Informationen bekommen hat um einen Direktbeschluss gutzuheissen.

Urs-Peter Moos, SVP: Die Tempoberuhigungsmassnahmen und die dazu gehörenden *obstacles* tragen auch dazu bei, dass eine neue Maschine benötigt wird. Als es vor Jahren um die Temporeduktion ging und gefragt wurde, ob es weitere Folgekosten geben würde, wurde dies vom Gemeinderat verneint.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger bemerkt, dass es hier um eine Trottoirwischmaschine geht, weshalb die *obstacles* überhaupt keine Rolle spielen.

Abstimmung Antrag Gemeinderat: Direktbeschluss für Werkhofffahrzeug für CHF 180 000

31 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen

Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion beantragt eine Separat-Vorlage zur Salzsilo-Finanzierung. Der Redner berichtigt die Zahlen von seinem Votum der Eintretensdebatte: Momentan hat man 60 m³ Speicherkapazität, neu würden 150 m³ dazu kommen, insgesamt sind es dann 210 m³. Das möchte man sich genauer anschauen.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Die Salzsiloanlage mit Standort Oberwil wird von fünf Gemeinden gemeinsam betrieben. Frau Schuler weist darauf hin, dass z.B. Muttenz und Münchenstein wesentlich mehr Volumen für das Salz haben. Wie im Bericht erwähnt wird, geht es nicht nur um das Salzsilo, sondern auch um eine Soleanlage, die helfen soll, den Salzverbrauch um 30–50 % zu vermindern. Ein wesentlicher Anteil der Kosten wird für diese umweltfreundliche und salzsparende Anlage aufgewendet. Oberwil plant die neue Salzsiloanlage und beschliesst – wie auch die anderen drei Gemeinden – die Finanzierung mit dem Budget. Es wäre also sinnvoll, wenn Binningen das zeitgleich beschliessen würde. Man kann den Partnergemeinden nicht zumuten, dass sie ein solches Projekt aufbereiten, Kostenanalysen etc. durchführen, ohne zu wissen, ob Binningen sich wirklich daran beteiligt.

FDP, Markus Ziegler war erstaunt über die Begründung der SVP für ihren Antrag, nämlich dass man es dem Kanton gleichtun könne und den Salzeinsatz drastisch reduziert. Als Benutzer der Strassen und Trottoirs plädiert er eindringlich dafür, dass wie bis anhin geräumt wird, unbesehen davon, was der Kanton mit seinen Strassen macht. Er findet diese Investition sinnvoll und kann nicht tolerieren, dass es aufgrund einer eventuellen Ablehnung vermehrt zu Unfällen kommt. Es ist

bekannt, dass es in vergangenen Wintern zu Engpässen in der Salzversorgung kam und der Redner wird überzeugt gegen den Antrag stimmen.

Patricia Kaiser, SP: So, wie die Kantone den Bund unterstützen müssen und umgekehrt, so müssen auch die Gemeinden den Kanton unterstützen – und umgekehrt. Der Kanton veranlasst aus Spargründen eine Reduzierung des Salzeinsatzes. Binningen, das, wie gehört, finanziell gut dasteht, hat keinen Anlass, es dem Kanton gleich zu tun. Im Gegenteil: Man könnte sogar darüber nachdenken, ob nicht ein paar Gemeinden dem Kanton das Salz billiger zur Verfügung stellen sollen.

Gemeinderat Mike Keller würde am liebsten in Binningen ein zehnmal so grosses Salzsilo bauen lassen. Der Salzvorrat ist Kapital. Im Winter steigen die Salzpreise, deshalb ist es kostensparend, wenn im Sommer viel Salz zu günstigen Preisen eingekauft werden kann. Wie bereits Gemeinderätin Schuler dargelegt hat, ist die Investition auch zugunsten einer alternativen Lösung. Wenn Binningen die Sache alleine realisieren müsste, käme sie bedeutend teurer.

Für *Urs-Peter Moos, SVP*, ist ganz klar, dass neuralgische Verkehrspunkte weiterhin gesalzen werden. Er wundert sich einfach, dass das Vorratsvolumen derart erhöht werden soll, wo man doch – bis auf eine Ausnahme – bisher mit den vorhandenen Kapazitäten gut zugange gekommen ist. Ausserdem ist ein reduzierter Salzeinsatz gut für die Umwelt.

Abstimmung Antrag SVP: Kein Direktbeschluss des Anteils an zusätzlichem Salzsilo

Abgelehnt mit 30 Nein zu 9 Ja und 1 Enthaltung

Position 2.8 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung Position 2.9, Antrag SVP: Kürzung des Stellenetats für 2012 um 353 %
(39 ER anwesend)

30 Nein, 9 Ja, 0 Enthaltungen

Position 2.10 wird zur Kenntnis genommen.

Schlussabstimmung:
(37 ER anwesend)

30 Ja, 7 Nein

:// 2.1 Die Leistungsaufträge gemäss BEILAGE werden genehmigt.

2.2 Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 39 148 570 für folgende Produktegruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 987 493
Steuern	CHF	496 043
Gesundheit	CHF	4 677 161
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 809 652
Bildung	CHF	13 552 299
Öffentliche Sicherheit	CHF	1 046 420
Soziale Dienste	CHF	7 724 597
Verkehr, Strassen	CHF	3 036 631
Versorgung	CHF	1 044 810
Raumplanung, Umwelt	CHF	773 464

2.3 Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 39 159 300 werden genehmigt.

- 2.4 Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:**
46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
2 % Ertragssteuersatz
1.75 ‰ Kapitalsteuersatz
- 2.5 Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.**
- 2.6 Der Voranschlag der laufenden Rechnung 2012 mit Aufwendungen von CHF 73 711 136, Erträgen von CHF 73 721 866 und einem Gewinn von CHF 10 730 wird genehmigt.**
- 2.7 Folgende Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6.2 (Seite 24) werden direkt beschlossen:**
- | | | |
|---|-----|---------|
| Ersatzbeschaffung Werkhofffahrzeug (Troittoirwischmaschine) | CHF | 180 000 |
| Finanzierung Anteil Binningen an zusätzlichem Salzsilo) | CHF | 130 000 |
- 2.8 Das Investitionsbudget 2012 mit Ausgaben von CHF 6 549 000, Einnahmen von CHF 309 000 und Nettoinvestitionen von CHF 6 240 000 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2.9 Der Stellenetat für 2012 wird mit 11'340 Stellenprozenten genehmigt.**
- 2.10 Vom Finanzplan 2013 – 2016 wird Kenntnis genommen.**
- 2.11 Sollte der Landrat darauf verzichten, im Jahre 2012 einen Teuerungsausgleich auszurichten, ist den Mitarbeitenden der Binninger Verwaltung eine einmalige, unversicherte Zulage in der Höhe der aufgelaufenen Jahreststeuerung von 0,4% auszubezahlen.**
- 2.12 Die Aktion Jobticket (LZ 1, Management, Personal) wird durch den Arbeitgeber nicht unterstützt.**

Traktandum 3

Gesch. Nr. 210

Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung im Früh- und Primarschulbereich (FEB-Reglement), Bericht GR vom 22. November 2011

Eintreten:

Beatrix Bürgin: Die SVP-Fraktion bedauert, dass das Reglement so verspätet in den Rat kommt und somit fraglich ist, ob es bis nächsten Sommer in Kraft treten kann. Dieses komplexe Geschäft muss vom Einwohnerrat genau geprüft werden, was in einer Beratung im Plenum nicht möglich ist. Die SVP beantragt deshalb die Überweisung der Vorlage an eine 9-köpfige Spezialkommission. Sie hält aber heute schon fest, dass sie die direkte Subjektfinanzierung für alle Altersstufen vorbehaltlos unterstützt. Die Eltern sollen unabhängig und nach ihren individuellen Bedürfnissen entscheiden können, wo ihr Kind betreut wird. Mit diesem Ansatz wird das SVP-Postulat vom Juni 2010, das die direkte Subjektfinanzierung bei der familienexternen Kinderbetreuung auch im Kindergarten und Primarschulalter fordert, erfüllt. Zudem kann die Motion „Kein Leistungsabbau bei der Kinderbetreuung“ erfüllt werden, da künftig der Gemeinderat der Stiftung Kinderbetreuung nicht mehr vorschreiben kann, dass sie nur Kinder im Vorschulalter betreuen darf. Die Rednerin bittet den Rat um Unterstützung für den Antrag.

SP, Vreni Dubi bedankt sich für die ausgezeichnete, detaillierte Vorlage. Die Kinderbetreuung ist seit Jahrzehnten eines der SP-Kernanliegen. Das Thema wird immer wichtiger, da mit der Globalisierung der Welt junge Familien immer weniger auf familiäre Strukturen zurückgreifen können. Im Gegensatz zu früher beanspruchen heute Kinder aus sämtlichen sozialen Schichten einen Platz im Tagesheim. Ein gutes ergänzendes Kinderbetreuungsangebot ist ein klarer Standortvorteil einer Gemeinde, der nicht zu unterschätzen ist. Es ermöglicht Müttern und Vätern in ihrem angestammten Beruf zu arbeiten, im besten Fall verhindert es Sozialhilfeabhängigkeit, fördert die Sozialkompetenz der Kinder und die Integration von ausländischen Kindern.

Sie SP-Fraktion begrüsst die Subjektfinanzierung so, wie sie in der Vorlage formuliert ist. Will heissen, die Qualität der Institutionen wird überprüft und der Nutzer hat eine Auswahl. Trotzdem wünscht die SP, dass in einer Spezialkommission noch ein paar Punkte überprüft werden. So erachtet man 10 Stunden Betreuung für Kinder von voll arbeitenden Eltern als zu wenig. Ebenso wenig scheint der Fraktion der Betreuungsschlüssel angemessen. Er ist auf einen reibungslosen Tagesablauf ausgerichtet. Weiter ist es inakzeptabel, dass es Wartelisten gibt, denn Schulgesetz schreibt einen Mittagstisch vor. Sobald die Nachmittagsbetreuung vorgeschrieben ist, muss sie auch gewährleistet sein und es darf nicht sein, dass sich Eltern einen Platz „erkaufen“ können und andere auf einer Warteliste landen.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger: Die Fraktion hat sich die Vorlage genau angeschaut und die Vor- und Nachteile der Objekt- versus Subjektfinanzierung abgewogen. Der Kanton trennt den Vorschulbereich (Subjektfinanzierung) ganz klar vom Schulbereich (Objektfinanzierung). Auf der Schulstufe hat die Subjektfinanzierung den Vorteil, dass Tagesfamilien gestärkt werden und sehr flexible Lösungen für ganztags arbeitende Eltern möglich sind. Der Nachteil ist, dass die Planungssicherheit der Gemeinde bezüglich ihres Schulbetreuungsangebots nicht mehr gewährleistet ist. Das Schulangebot wird konkurrenziert und die politischen Steuerungsmöglichkeiten entfallen. Der Kanton schlägt die Objektfinanzierung auf Schulstufe vor. So können die Wartelisten der Kindertagesstätten abgebaut werden, weil Kinder im Primarschulalter vermehrt das Schulangebot nutzen können. Die Gemeinde und die Politik können das Angebot steuern. Das heute in Binningen angebotene, modulare Angebot kommt vor allem den Teilzeitangestellten entgegen. Nach Ansicht der Grünen/EVP gilt es abzuwägen, welches System mehr Vorteile hat und weniger Verliererinnen und Verlierer generiert. Die Lösungen sollen flexibel sein, ohne die Steuerungsmöglichkeiten des Gemeinderats und des Parlaments völlig auszuhebeln. Die Fraktion ist auch für eine Überweisung an eine 9-köpfige Spezialkommission.

Rahel Bänziger hält den Stand der Vorlage im Landrat fest: Dort wurde erst das FEB im Vorschulbereich in der Justiz- und Sicherheitskommission fertig behandelt. Das FEB im Schulbereich wird durch einen Stichtentscheid der Bildungs- Kultur und Sportkommission zur Rückweisung an den Regierungsrat empfohlen. Die Rednerin wird sich diese Woche im Landrat dafür stark machen, dass dies verhindert wird und das Reglement an die Kommission und nicht an den Regierungsrat zurückgewiesen wird. Es ist wichtig, dass eine mehrheitsfähige, bezahlbare Lösung baldmöglichst verabschiedet wird.

Sven Inäbnit: Die FDP-Fraktion ist dem Reglement gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt. Die Vorlage spiegelt zu grossen Teilen die verschiedenen Einwohnerratsbeschlüsse bezüglich Betreuung, wider. Neu ist die Subjektfinanzierung. Obwohl noch nicht alle finanziellen Auswirkungen bekannt sind, findet man es richtig, dem Systemwechsel zuzustimmen. Man verspricht sich davon mehr Flexibilität für die Nutzer und mehr Wettbewerb unter den Angeboten, was sich letztlich positiv auf die Qualität auswirken soll. Das schulische Angebot soll weiterhin ein Grundangebot bleiben und nicht zu einem Luxusangebot mutieren. Da man nicht damit rechnet, dass die kantonale Vorlage dereinst über die Binninger Lösung hinaus geht, ist man der Ansicht, dass Binningen die Arbeit weiter führen soll, ungeachtet dessen, dass der Kanton noch keine verbindliche Regelung hat. Doch wie für die anderen Parteien sind auch für die FDP noch etliche Fragen zu klären. Es ist zum Beispiel unklar, warum die Vermögenssituation in der Tarifberechnung nicht berücksichtigt wird, ob die Tarifstruktur generell der wirtschaftlichen Situation der Nutzer angepasst ist oder ob die 20%-ige Erhöhung des Stellenetats wirklich gerechtfertigt ist. Weiter ist zu klären, ob nicht erwerbstätige Sozialhilfebezüger im Rahmen dieses Reglements beitragsberechtigt sind.

Die Fraktion bezweifelt den prognostizierten Mehrertrag an Steuereinnahmen von 60 Rappen pro investiertem Franken und zum Thema Ungleichbehandlung der Eltern fragt man sich, was denn die Gemeinde den Leuten anbietet, die nicht von diesem Angebot Gebrauch machen.

Die zahlreichen offenen Fragen rechtfertigen nach Ansicht der FDP eine Überweisung an eine Spezko, man schliesst sich dem Antrag an.

CVP, Silvia Bräutigam: Man dankt für die Ausarbeitung der Vorlage und unterstützt den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung in der Kinderbetreuung im Vorschul- und Primarschulbe-

reich. Damit werden alle Erziehungsberechtigten gleichgestellt. In Anbetracht der Wichtigkeit des Reglements ist auch die CVP-Fraktion für die Überweisung.

CVP, Katrin Bartels korrigiert V. Dubi's Aussage betreffend familiärer Betreuung: Im Kanton Basel-land betreuen Grosseltern ca. doppelt so viel wie die professionelle Betreuung, was jedoch die Notwendigkeit der familienergänzende Betreuung nicht in Abrede stellt.

Ausserdem stellt sie klar, dass im Sozialhilfegesetz festgehalten ist, dass die Kosten für familienergänzende Betreuung durch die Sozialhilfe bezahlt werden.

Gemeinderätin Anne Mati: Laut Auskunft des kantonalen Sozialamts ist das FEB-Reglement die Basis für die Beiträge und die Sozialhilfe wird subsidiär.

Nach Meinung von *Peter Heiz, FDP*, ist die Erziehung der Kinder Aufgabe der Eltern, was schlecht teilbar ist. Die Vorlage hat Konsequenzen für Eltern und Kinder, für bestehende Angebote, aber auch für die Finanzen der Gemeinde und Personen, die das Angebot nicht beanspruchen. Bei der Lektüre des Reglements hatte er den Eindruck, dass es vor allem um die Frage geht, wo kann ich mein Kind möglichst lange, möglichst günstig in Fremdbetreuung geben – und die anderen dürfen erst noch dafür bezahlen. Für ihn ist die FEB nicht die familienergänzende Kinderbetreuung sondern die familienexterne Kinderbeurlaubung. Weiter moniert P. Heiz, dass es vor allem um die Interessen der Eltern und nicht um die der Kinder geht. Im Gegensatz zu seinem Parteikollegen Inäbnit befürchtet er, dass mit in Kraft treten des kantonalen Reglements in Binningen vieles angepasst werden muss, weshalb er den Zeitpunkt für dieses Geschäft nicht gut findet. Er ist auch nicht damit einverstanden, dass die Tarife einkommensabhängig berechnet werden, denn schliesslich bezahlen die Besserverdiener bereits mehr Steuern. Sein Fazit: Er findet es sinnvoll, wenn die Vorlage in eine Spezko geht.

CVP, Katrin Bartels berichtigt A. Mati's Erläuterung: Anfangs ging man davon aus, dass das FEB-Reglement die Basis für die Beiträge ist, weil es im Kanton so gemacht wurde. Doch da die Gemeinden jetzt den Spielraum haben, gegen unten zu korrigieren, muss die Änderung des Sozialhilfegesetzes rückgängig gemacht werden.

Zu P. Heiz' Votum meint sie, dass im Baselland Kinder im Vorschulalter durchschnittlich während 16 Stunden fremd betreut werden und während 54 Stunden unter der Obhut der Eltern sind. In diesem Verhältnis wird es wohl möglich sein, seine Kinder zu erziehen. Sobald die Kinder zur Schule gehen, reduzieren sich die Fremdbetreuungsstunden um Hälfte. Was den Zeitpunkt des Geschäfts betrifft, so findet sie ihn ideal, da am nächsten Donnerstag der Landrat die Entscheidung fällt und man die Vorgaben hat, bevor die Spezko sich zum ersten Mal trifft.

SP, Vreni Dubi wundert sich, dass in der heutigen Zeit immer noch die Meinung herrscht, die Erziehung durch die Eltern sei die allein seligmachende. Abgesehen davon gibt es sehr viele Alleinerziehende, die keine private Unterstützung haben. Fremdbetreuung schadet den Kindern ganz bestimmt nicht, im Gegenteil.

Patricia Kaiser, SP fragt sich, wie sie die Unterstützung, die sie vom Staat für ihr Studium erhält, zurückgeben soll, wenn sie nach der Ausbildung nicht arbeiten gehen soll, wie P. Heiz vorschlägt.

SP, Gaida Löhr denkt das Gleiche wie ihre Vorrednerin. Sie betont, dass ihre Fraktion für eine Kommissionsberatung ist, weil sie die Vorlage gut und wichtig findet. G. Löhr findet es heikel, wenn Eltern- gegen Kinderinteressen ausgespielt werden, denn schliesslich haben doch alle Eltern Interesse daran, dass sich ihre Kinder gut entwickeln. Eine teilweise Fremdbetreuung ist für ein Kleinfamilienkind bereichernd.

Urs-Peter Moos, SVP: Für ihn geht es nicht darum, familieneigene gegen familienexterne Betreuung auszuspielen, sondern es geht darum, wo die Anreize gesetzt werden. So, wie das Ganze aufgegleist ist, greifen voraussichtlich auch Eltern, die sich eigentlich selber organisieren können, auf das Angebot zu.

CVP, Silvia Bräutigam stellt einen Ordnungsantrag. Da alle Fraktionen für eine Überweisung an eine Spezialkommission sind, möchte sie nun darüber abstimmen lassen.

Dem widerspricht *Präsident Christian Schaub*, da der Gemeinderat noch das Wort hat.

SP, Traude Rehmann weiss aus eigener Erfahrung, dass schon vor 30 Jahren die gleichen Argumente ins Feld geführt wurden, wie sie soeben P. Heiz dargelegt hat. Sie weist darauf hin, dass es sowohl Väter als auch Mütter gibt, die arbeiten müssen und gar nicht die Wahl haben, ob sie ihr Kind fremdbetreuen lassen wollen oder nicht. Die Rednerin findet diesen moralischen Appell etwas daneben.

Gemeinderätin Heidi Ernst bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme dieses komplexen Geschäfts und die Bereitschaft, es in einer Kommission weiter zu bearbeiten. Die bereits aufgetauchten Fragen bestätigen, dass es nicht möglich wäre, das Reglement im Parlament direkt zu beraten. Das bisherige, beachtliche Binninger Betreuungsangebot – speziell im Vorschulbereich – ist der landrätlichen Vorlage voraus, was aber keine Rolle spielt, denn wenn die kantonale Gesetzgebung kommt, ist diese übergeordnet und Binningen muss nur noch nachvollziehen. Bis jetzt gehen jährlich CHF 1,5 Millionen an die Stiftung Kinderbetreuung. Dieses sehr geschätzte, gute Angebot hat einen grossen Haken: Bisher kommen Eltern nur in den Genuss von Subventionen, wenn sie im Angebot der Stiftung Kinderbetreuung einen Platz finden. Neu sollen alle Erziehungsberechtigten Subventionen erhalten, die die entsprechenden Kriterien erfüllen. Die Punkte, die nicht mit der kantonalen Vorlage übereinstimmen, haben damit zu tun, dass der Gemeinderat das eh schon verzögerte Geschäft irgendwann verabschieden musste, damit es heute im Einwohnerrat ist. In der Kommissionsberatung kann bestimmt einiges bereinigt werden. Frau Ernst hofft, dass Binningen bald ein noch besseres Betreuungsangebot hat, denn schliesslich will man eine moderne Gemeinde bleiben, die es jungen Familien ermöglicht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.

Gemeinderätin Nicole Schwarz dankt dem Einwohnerrat dafür, dass er die Vorlage in eine Kommission geben will und damit das Verständnis für die Sache erweitert wird. So hat auch der Gemeinderat die Gelegenheit, den einen oder anderen Gedankengang näher zu erklären und die Punkte, die in der Kompetenz des Gemeinderats sind, können in der Kommission genauer angeschaut werden. Obwohl die Gemeinderätin froh ist, dass es noch vor Jahresende ein wenig vorwärts geht, will sie nicht allzu euphorisch sein. Sie rechnet damit, dass es auch mit der Einführung des Reglements noch viele Diskussionen geben wird. Einerseits ist man vom Kanton abhängig, andererseits von der wirtschaftlichen Entwicklung. Es wird sich zeigen, ob der Stellenmarkt entsprechend ist, ob wirklich mehr Leute auf den Arbeitsmarkt gehen (können) und die Nachfrage mit dem Betreuungsangebot korrespondiert. Ob der vielzitierte Wettbewerb dann auch wirklich in Gang kommt, weiss auch noch niemand. Wenn das Mittagstischangebot im Schulbereich ausgebaut wird und über 40 Kinder zu betreuen sind, stellt sich bald die Qualitätsfrage. Trotz all dieser Unsicherheiten freut sich Frau Schwarz, dass der Einwohnerrat bereit ist, den Handlungsspielraum, den man in diesem Bereich auf kommunaler Ebene hat, zu nutzen.

Abstimmung Antrag SVP: Überweisung an eine 9-köpfige Spezialkommission:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

://: Das Geschäft wird an eine 9-köpfige Spezialkommission überwiesen.

Traktandum 4**Gesch. Nr. 211**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.11.2011:
Abrechnung Projektierungskredit Spiegelfeld

Eintreten:

Gaida Löhr, SP: Nachdem trotz dringendem Handlungsbedarf jahreslang nicht passiert ist, haben der Gemeinderat und die Bauverwaltung in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet, zusammen mit dem Kanton. Jetzt, wo der Kanton verantwortlich ist, sind die Binninger Vorbereitungsarbeiten am weitesten vorangeschritten und falls es der Landrat wirklich will, wird das Spiegelfeld als erstes Schulhaus saniert. Dafür bedankt sich die Votantin beim Gemeinderat, der Gemeindeverwaltung und insbesondere der Bauabteilung ganz herzlich. Die SP genehmigt die Abrechnung.

Urs Brunner: Die *SVP-Fraktion* stimmt den beiden Anträgen zu.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Ihre Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die informative und transparente Abrechnung. Der neue Standard der Abrechnungsvorlagen wird begrüsst. Er ist klar, verständlich und erleichtert die effiziente und rasche Beurteilung einer Vorlage. Die Grüne/EVP ist auch über die Minderkosten erfreut und wird beiden Anträgen zustimmen.

Martin Bolleter: Auch die *FDP-Fraktion* schliesst sich den Anträgen an. Sie dankt dem Gemeinderat über das zügige Vorgehen und die Vorbereitung, die nun möglich macht, dass das Binninger Schulhaus als eines der ersten vom Kanton saniert wird.

CVP, Andrea Alt: Auch die CVP ist sehr erfreut darüber, dass die Schulanlage Spiegelfeld endlich saniert wird und genehmigt die Anträge. Man hofft, dass der Landrat den Sanierungskredit rasch gutheisst, damit die Arbeiten im Herbst 2012 beginnen können.

Abstimmung:

Die Anträge des Gemeinderats werden einstimmig angenommen.

**://: 1. Die Abrechnung der Gesamtkosten für die Vorbereitung der Generalplanerausschreibung in der Höhe von CHF 51 540.75 wird genehmigt.
2. Die Abrechnung des Projektierungskredits Spiegelfeld Nord und Aula mit Gesamtkosten von CHF 563 563.10 wird genehmigt.**

Traktandum 5**Gesch. Nr. 208**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:
Kredit Anschaffung Hubrettungsfahrzeug

Eintreten:

Roger Moll, FDP: Vor acht bis zehn Jahren hat die kantonale Gebäudeversicherung ein neues Konzept in Bezug auf die Schadenereignisse und die Infrastrukturen der Feuerwehren des Kantons Baselland ausgearbeitet. Dabei kam die BLGV zum Schluss, dass mit Stützpunkt-Feuerwehren ein optimaler Einsatz der baselländlichen Feuerwehren gewährleistet ist und solche installiert werden sollen. Basel hat damals vom Kanton den Vorzug gegenüber Binningen für einen Stützpunktstandort erhalten. Seither war die Binninger Feuerwehr immer darum bemüht, die Aufträge der BLGV zu erfüllen. Das heisst, dass die Infrastruktur immer angepasst, im Endeffekt verkleinert wurde, um bei einem Einsatz schnell vor Ort sein zu können. Auch diese Vorlage bedeutet am Schluss eine Ver-

kleinerung der Infrastruktur, weil das Tankfahrzeug und der Mercedes wegfallen. Die Zunahme von Mehrfamilienhäusern anstelle von Villen, bedingt einen erhöhten Anspruch an die Binninger Feuerwehr. Als Beispiel erwähnt der R. Moll das neue Alters- und Pflegeheim. Wie soll dort mit der alten Leiter gerettet werden können? Die alten Fahrzeuge werden den neuen Anforderungen einfach nicht mehr gerecht. In diesem Zusammenhang weist er auch auf die verkehrsberuhigenden Massnahmen hin, die nicht nur für Löschfahrzeuge, sondern auch für die Einsatzfahrzeuge der Spitäler hinderlich sind. Mit der Anschaffung des neuen Fahrzeugs leistet die Feuerwehr einmal mehr einen Beitrag um schnell Hilfeleistungen zu stellen. Mit diesem Fahrzeug können die Rettungsmassnahmen viel schneller ergriffen werden, was ein wesentlicher Aspekt ist, denn der Zeitfaktor spielt eine sehr grosse Rolle.

Die Fraktion ist der Meinung, der Gemeinderat solle mit den Verantwortlichen abklären, ob Kooperationen mit anderen Gemeinden – allenfalls auch mit der Feuerwehr Basel – Sinn machen, damit nicht zweigleisig gefahren werden muss. Ein allfälliges Strategiekonzept mit Bericht an die GRPK zu diesem Thema würde Transparenz schaffen. Zuletzt muss noch erwähnt werden, dass die ganze Sache wegen der Vorschriften der Gebäudeversicherung auch eine versicherungstechnische Angelegenheit ist. Die Mehrheit der Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

CVP, Thomas Hafner lobt zuerst die gut funktionierende, einsatzstarke Binninger Feuerwehr und dankt ihr an dieser Stelle für die Einsätze. Die Fraktion will ihr keinesfalls ihren Wunsch absprechen und sie dadurch sogar eventuell bei den Einsätzen behindern. Trotzdem möchte die CVP dieses Geschäft in einer Spezialkommission noch kurz diskutieren, Vor- und Nachteile sorgfältig abwägen, bevor ein definitiver Entscheid für die Anschaffung des Hubrettungsfahrzeugs gefällt wird. Sie beantragt die Überweisung an eine Spezko.

Severin Brenneisen, SP, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und anschauliche Vorlage. Seine Fraktion findet es richtig, dass aufgrund der vorhin genannten Gründe (MFH, enge Strassen) ein bewegliches, modernes Rettungsfahrzeug angeschafft wird. Sie stimmt dem Antrag zu und möchte das Ganze direkt beschliessen.

Anand Jagtap, Grüne/EVP, dankt insbesondere für den sehr ausführlichen Bericht des Feuerwehrkommandanten. Dieser zeigt sehr deutlich und in allen Facetten, worum es geht. Weil sich die Fraktion keine fachliche Beurteilung des Geschäfts anmassst, möchte sie es direkt beschliessen und stimmt dem Antrag zu.

Urs-Peter Moos: Die *SVP-Fraktion* ist für eine starke, gut und zweckmässig ausgerüstete Feuerwehr. Investitionen in neue Fahrzeuge sind sorgfältig zu überprüfen. Das Dossier zeigt auf, dass der Fahrzeugpark der Feuerwehr massiv überaltert ist und es stellt sich die Frage, warum der Gemeinderat mit dieser Vorlage so lange zugewartet hat. So, wie U.-P. Moos die Feuerwehr einschätzt, nimmt er an, dass sie nicht erst auf das Budget 2012 den Wunsch nach einem neuen Fahrzeug geäussert hat. Seiner Meinung nach führt kein Weg an dieser Anschaffung vorbei. Wie bereits erwähnt wurde, lösen die verkehrsberuhigenden Massnahmen einmal mehr Handlungsbedarf aus. Dass durch die Neuanschaffung ein Fahrzeug weniger im Feuerwehrmagazin steht und es nicht ausgebaut werden muss, ist ein weiterer Grund, warum die SVP dieser Investition ganz klar zustimmt.

SVP, Christoph Anliker bedankt sich bei der Feuerwehr für ihren Einsatz rund um die Uhr. Er sieht den Bedarf, wird dem Antrag aber trotzdem nicht zustimmen, weil er der Meinung ist, dass eine starke Feuerwehr im Verbund sinnvoller ist und über die Gemeindegrenze hinweg geschaut werden muss.

Jean-Bernard Urech, GLP: Im Bericht liest man, dass die Gebäudeversicherung sich nicht an den Kosten beteiligt, weil Binningen keine Stützpunkt-Feuerwehr ist. Ihn interessiert wie hoch der Beitrag der Gebäudeversicherung gewesen wäre.

Bruno Gehrig, Gemeinderat dankt im Namen des GR und der Feuerwehr für die positive Aufnahme der Vorlage. Das Fahrzeug ist sehr teuer, doch notwendig, denn letztendlich dient es der Sicherheit

der Binninger Bevölkerung. Es ist erwiesen, dass das Gefühl der Sicherheit für die Wohn- und Lebensqualität der Menschen entscheidend ist. Die Binninger Feuerwehr hat jährlich zwischen 80 und 120 Einsätze. Schon diese Zahl spricht nicht unbedingt für eine Stützpunkt-Feuerwehr. Die zunehmenden höheren Bauten in Binningen machen die Anschaffung des Hubrettungsfahrzeugs notwendig. Feuerwehr-Stützpunkte sind für den Gemeinderat genauso problematisch wie Polizei-Stützpunkte. Genau von diesen beiden Formationen erwartet man, dass sie blitzschnell an Ort und Stelle sind und sofort Hilfe leisten können.

Ein paar technische Details: Die Leiter misst 27 Meter, der Korb kann mit 440 Kilo belastet werden, es können also bis zu vier (anstatt wie bisher zwei) Personen gleichzeitig befördert werden. Ausserdem können mit Sicherheit alle Strassen in Binningen damit befahren werden.

Urs-Peter Moos, SVP: Es wurde nach der Beteiligung der Gebäudeversicherung gefragt. Diese bezahlt bei Stützpunkt-Feuerwehren die Anschaffung vollumfänglich. Binningen erhält für seine Fahrzeuge keinen Franken, was ist seiner Meinung nach ein Skandal ist, weil die Gemeinde immerhin 15 000 Einwohner mit entsprechenden Liegenschaften hat und sehr viel Prämien Gelder an die BLGV gehen. Man sollte auf kantonaler Ebene Massnahmen in die Wege leiten, um der Gebäudeversicherung klar zu machen, dass es so nicht geht.

CVP, Thomas Hafner zieht den Antrag auf Überweisung in eine Spezko zurück, da offensichtlich alle für einen Direktbeschluss sind.

Abstimmung: (K. Bartels hat die Sitzung inzwischen verlassen, anwesend noch 39 ER)

Dem Kredit mit 38 Ja- gegen 1 Neinstimme zugestimmt.

://: Der Kredit von CHF 693 400 zulasten der Investitionsrechnung, Konto 140.311.01, für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges mit Drehleiter/Hubretter wird bewilligt.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 209

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 8.11.2011:

Abrechnung Containerersatz Stiftung Kinderbetreuung

Eintreten:

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP wird diese Abrechnung genehmigen. Sie hofft, dass die Entnahme des Mehrbetrags aus dem Vermögen der Stiftung keinen Nachteil für die Kinder ist.

Gemeinderätin Heidi Ernst stellt klar, dass keine Nachteile entstanden sind, dafür die Arbeitsbedingungen im schönen Holzfertigbau deutlich besser sind. Sie bedauert, dass fast keine Einwohnerräte zur Eröffnung erschienen sind und bedankt sich gleichzeitig dafür, dass der Kredit für diese gute Sache damals ausserhalb des Budgets gesprochen wurde.

Urs Weber, SVP: In Anbetracht dessen, dass es zwei Jahre dauerte, bis die Abrechnung vorlag, findet die Fraktion sie etwas dürftig und weist den Antrag zurück.

Abstimmung Antrag SVP: Rückweisung der Abrechnung Containerersatz Stiftung Kinderbetreuung

30 Nein, 9 Ja, 0 Enthaltungen

Abstimmung Antrag GR:

30 Ja, 0 Nein, 9 Enthaltungen

://: 1. Die Abrechnung des Investitionsbeitrags in der Höhe von CHF 180'000 für den Container-Ersatz der Stiftung Kinderbetreuung wird genehmigt.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 88

Zwischenbericht der BPK vom 24.11.2011:

Investitionsausgabe von CHF 276 000 für die Neugestaltung Schlosstreppe und CH 87 000 für den Ersatz Behindertenlift

Eintreten:

BPK-Präsident Willy Müller: Das Geschäft wurde im September an die BPK überwiesen. Der vorliegende Zwischenbericht betrifft nur den Behindertenaufzug, der Schlussbericht ist auf Ende Januar vorgesehen. Laut Vertrag hat der Pächter ein Anrecht auf einen behindertengerechten Zugang zum Schloss. Von der Bestellung bis zur Inbetriebnahme dauert es drei bis vier Monate. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat beschlossen, ein Provisorium zu erstellen, das bereits in Betrieb ist. Der Gemeinderat, die Bauabteilung und vor allem der Werkhof haben hier einen guten Job gemacht. Die BPK hat sich verschiedene Lösungsmöglichkeiten angeschaut. Einerseits die Variante 1 des Gemeinderats, ein neuer Aufzug mit anderer Technik im bestehenden Aufzugsschacht, andererseits einen Treppenlift entlang der bestehenden Schlosstreppe. Die BPK hat die Möglichkeiten um einen Treppenlift an der Ostseite erweitert und als Alternative wurde auch eine Rollstuhl-Hebebühne angeschaut. Es wurde mit der Denkmal- und Heimatschutzkommission gesprochen, sowie mit der Procap, einer Organisation für Menschen mit einem Handicap. Die Denkmalpflege befürwortete den Treppenlift an der Ostseite, die sichtbare Technik der Hebebühne lehnt sie aber ab. Herr Schmid, der zuständige Herr bei der Procap, hat sehr früh auf die SIA Norm 500 verwiesen (Hindernisfreies Bauen, Ausgabe 2009). Laut dieser Norm gibt es im Kanton Baselland keine Baubewilligung mehr für Treppenlifte. Somit bleibt nur die Variante 1 übrig. Diese Technik erlaubt, dass die Brüstung der neuen Schlossmauer auf der ganzen Länge abgetragen werden kann. Damit würde der unansehnliche Kopfbau (Varianten C, D, E) verschwinden. Der Eingang darf nicht mehr durch den Liftschacht führen. Von den anderen Möglichkeiten ist der Eingang durch die Lingerie die einfachste. Die Anträge der BPK wurden einstimmig beschlossen. Der erste entspricht dem Antrag des Gemeinderats, die anderen basieren auf Empfehlungen von Herrn Schmid.

Traude Rehmann: Die *SP-Fraktion* befürwortet grundsätzlich den Einbau des Lifts am bestehenden Ort. Sie stört sich aber daran, dass die Abklärungen bei der Procap von der BPK gemacht wurden, was Sitzungs- und Vorbereitungsgeld kostet. Sie ist der Meinung, das wäre die Aufgabe der Verwaltung gewesen.

SVP, Roy Ewald: Die Beratung in der BPK war sehr wichtig und zielführend und gab den Beteiligten neue Erkenntnisse über die Probleme behinderter Menschen im Alltag. Weiter war auch wichtig, zu lernen, dass nach der neuen SIA Norm nur eine Variante mit einem Lift möglich ist. Obwohl jedes öffentliche Gebäude zwingend einen behindertengerechten Zugang braucht, kam es durch verschiedene Umstände zu einer mangelhaften Lösung. Der Aufzug war so selten betriebsbereit, dass der Pächter Schadenersatzforderungen wegen entgangener Anlässe an die Gemeinde stellt. Nun stellt sich die Frage, von wem die Schadenersatzforderungen beglichen werden. Muss sich die Liftfirma daran beteiligen oder wird wieder nur der Gemeinderat dafür gerade stehen?

Andrea Alt: Die CVP-Fraktion ist froh, dass dieses Geschäft vorgezogen werden konnte, denn es ist ihr ein grosses Anliegen, dass baldmöglichst ein funktionierender Lift installiert wird. Die BPK hat die diversen Varianten eingehend besprochen und Vorabklärungen getätigt. Sie ist der Meinung, dass eine Realisierung im bestehenden Schacht die beste Lösung ist. Die CVP unterstützt die fünf Anträge der BPK.

Gemeinderat Mike Keller stimmt der Meinung der SP zu, dass man sich die Kosten für die Beratung hätte sparen können. Die Treppenlifte sind heute nicht mehr gerne gesehen. Trotzdem könnte diese Variante realisiert werden, weil es kein öffentlicher Bau ist. Der Gemeinderat sieht aber – unter anderem – von einem Treppenlift ab, weil der Betreiber des Restaurants damit nicht einverstanden war. Mike Keller ist glücklich über die vorliegende Lösung. Das Verfahren gegen den Liftbauer ist noch in Gange und momentan lässt sich noch nicht sagen, wie die Verhandlungen ausgehen werden. Was die Forderungen des Schlosspächters betrifft, ist man daran, eine gütliche Lösung zu finden. Deswegen wurde auch das Provisorium rasch eingebaut.

FDP, Martin Bolleter: Die BPK gelangt heute mit diesem Zwischenbericht an den Rat, weil sie der Ansicht ist, dass der Behindertenlift eine dringliche Angelegenheit ist. Zum einen war der alte Lift ständig ausser Betrieb, zum anderen wurde der Pächter deswegen zunehmend ärgerlich. Der Zwischenbericht konnte auch vorgezogen werden, weil man erkannt hat, dass der Lift keinen unmittelbaren Zusammenhang mehr mit dem Geschäft Schlosstreppe hat.

Peter Buess: Die Grüne/EVP stimmt den Anträgen auch zu. Laut Beschreibung ist der vorgeschlagene Lift höchst ungeeignet im Brandfall und man fragt sich, ob es eine Idee im Brandfall gibt.

Gemeinderat Mike Keller weist darauf hin, dass im Brandfall Aufzüge nicht mehr benützt werden dürfen und dass im Normalfall allen Personen in einem brennenden Gebäude geholfen wird, dieses zu verlassen.

Urs-Peter Moos, SVP: Seiner Meinung nach hat sich der sogenannte Umweg der Bau- und Planungskommission gelohnt, denn jetzt hat man klare Anträge, wie der Aufzug selbständig bedienbar sein soll. Ausserdem konnte die Situation des Treppenaufgangs in Bezug auf die Umsetzung der Volksinitiative gleich mitbeurteilt werden und die zusätzliche Information über den Abbau der Brüstung ist ebenfalls ein kleines Extra.

Severin Brenneisen, SP, fragt, was der Antrag 5 mit dem Lift zu tun hat.

FDP, Willy Müller: Bei den Varianten C, D und E gibt es keine Möglichkeit, die Mauer abzutragen. Mit der anderen, neuen Technik kann die Mauer auf der ganzen Länge ohne wesentliche Mehrkosten entfernt werden. Auf den Plänen sieht man, dass es so ein ganz anderes Bild ergibt.

FDP, Daniel Zimmermann hat auch noch eine Verständnisfrage: Ist das Binninger Schloss ein öffentliches Gebäude oder nicht?

Willy Müller: Herr Schmid von der Procap, der auch Berater des Kantons ist, würde keine Baubewilligung erteilen, denn für ihn ist es ganz klar ein öffentliches Gebäude. Sogar wenn es kein öffentliches Gebäude sein sollte, gäbe er keine Baubewilligung.

Mike Keller, Gemeinderat: Das Bauinspektorat in Liestal taxiert den Restaurationsbetrieb nicht als öffentlichen Bau, das heisst, dass die im Bericht der BPK erwähnte Vorschrift hier nicht zum Tragen kommt.

Urs-Peter Moos, SVP: Binningen hat einen öffentlichen Schlosspark und ein öffentliches Schloss, egal, wie man es taxiert, und es sollte nicht zur Diskussion stehen, ob sich die Gemeinde an die SIA Norm haltet oder nicht.

Mike Keller verwehrt sich dagegen, dass der man sich an irgendwelchen Normen vorbeimogeln will. Nach dem Vorwurf, der Gemeinderat habe eine Idee aufs Papier gebracht, die gar nicht machbar ist, wollte es M. Keller genau wissen und hat sich deshalb in Liestal kundig gemacht.

Abstimmung:

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

- ://: 1. Als Ersatz für den defekten Behindertenaufzug wird der Einbau eines neuen Aufzugs im bestehenden Aufzugsschacht mit einem Investitionskredit von CHF 87 000 (inkl. MWST) bewilligt.**
- 2. Der Aufzug muss selbstständig bedienbar sein (sowohl von Aussen als auch von Innen).**
- 3. Der Aufzug muss abschliessbar und mit einer Haustürklingel ausgerüstet sein.**
- 4. Das Produkt muss von einer Firma mit bewährter Technik geliefert und montiert werden. Die Firma muss entsprechende Referenzen vorweisen können. Die SIA Norm 500 Eignungskriterien zur Höhenüberwindung in Bauten (Ausgabe 2009) ist einzuhalten.**
- 5. Die betonierte Brüstung soll nach Möglichkeit auf der ganzen Länge abgetragen werden können.**

Traktanden 8 bis 24

Gesch. Nr. 212

://: Die restlichen Geschäfte werden für die nächste Sitzung vom 16. Januar 2012 traktandiert.

Diversa

Anfrage K. Bartels, CVP: Wo steht Binningen im kantonalen Vergleich? Gesch. Nr. 214

„Statistik Baselland hat am 7.12. einen Bericht über die Gemeindefinanzen publiziert. Diesem ist zu entnehmen, dass Gemeinden von der Grösse Binningens im Schnitt CHF 1463 Schulden pro EinwohnerIn und CHF 1102 Vorfinanzierungen oder Eigenkapital pro EinwohnerIn haben. Wie hoch sind diese Werte in Binningen?“

Gemeinderat Mike Keller: Im gleichen Artikel war der Link zum Statistischen Amt. Wenn man diesem folgt, kann man nachlesen, dass a) Binningen keine Schulden hat und b) dass CHF 1758 pro Person Vorfinanzierung und Eigenkapital vorhanden sind.

Anfrage B. Jost, SP: Schulwegsicherheit Neusatzquartier Gesch. Nr. 215

Frage 1: Wie geht die Fachgruppe Verkehr mit Anliegen von Einwohnerinnen und Einwohnern um?“

Charles Simon, Gemeindepräsident: Wenn eine schriftliche Anfrage, ein Gesuch oder ein Antrag eintrifft, wird zuerst eine Eingangsbestätigung zurück geschickt. In der Fachgruppe wird die Sache besprochen und beantwortet, ausser, es ist nötig, dass sie zuerst noch in den Gemeinderat kommt. Beim Anliegen zur Schulwegsicherheit erhält auch die Schulleitung eine Kopie des Antwortschreibens.

Frage 2: *Hat die Gemeinde in ihrem Qualitätsmanagement Fristen benannt, wie lange es dauern darf, bis Anliegen von EinwohnerInnen bearbeitet werden?*

Es gibt keine offiziellen Fristen, man kann aber davon ausgehen, dass ein Gesuch innerhalb von drei Monaten beantwortet wird. Bei einem Gesuch mit einem zeitlich undefinierten Anliegen gibt es die Möglichkeit, dass ein Zwischenbericht gemacht wird.

Frage 3: *Wie ist die Schulwegsicherheit im Neusatzquartier gewährleistet?*

Bekanntlich wurde auch im Neusatzquartier Tempo 30 eingeführt um die Sicherheit zu erhöhen. Wenn es im Quartier Baustellen gibt, werden Allmendbewilligungen mit den einzuhaltenden Bedingungen erteilt. Es gibt zum Beispiel Vorgaben, wie die Baustelle abzusichern ist. Im vorliegenden Fall hat der zuständige Sachbearbeiter die diversen Baustellen besichtigt und es wurden folgende Massnahmen umgesetzt:

Baustelle Alterszentrum Hohlegasse: Abgeschränkter Fussgängerbereich entlang der Hohlen Gasse, Einbahnstrassenregime und ein temporärer Fussgängerstreifen an der Hasenrainstrasse. Ausserdem führt die Gemeindepolizei immer wieder Radarkontrollen durch und kontrolliert regelmässig, ob die Trottoirs freigehalten werden.

Leider hat es beim vorliegenden Schreiben eine Panne gegeben. Der zuständige Mitarbeiter hat im Sommer gekündigt und bei seinen Pendenzen wurde es vergessen. Dank der Anfrage von B. Jost wurde man darauf aufmerksam und jetzt wird es umgehend beantwortet. Der Gemeindepräsident entschuldigt sich für diese Panne.

Mitteilung des Gemeindepräsidenten Ch. Simon

Der nächste wichtige Anlass ist der Neujahrsapéritiv, der am Dienstag, 3. Januar 2012, von 18–20 Uhr, im Kronenmattsaal stattfindet. Gleichzeitig wird die Wiederwahl von Claude Janiak in den Ständerat feierlich begangen.

Präsident Christian Schaub wünscht allen schöne Feiertage und erklärt die Sitzung für geschlossen.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am Montag, 16. Januar 2012, 19.30 Uhr, statt.